

# Correspondent

Ercheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 11. Februar 1896.

№ 17.

## Der Tarif und seine Auslegung.

Das auf Anregung der Berliner Kollegen allseitig hervortretende regere Leben auf dem Gebiete des Tarifes, die Bemühungen, die allerorts gemacht werden, um diesem Maßstabe dessen, „was recht und billig“ ist, auch in Orten und Kunsttempeln Anerkennung zu schaffen, in denen er bis jetzt noch unbekannt war, lassen eine Kommentierung seiner Bestimmungen auf Grundlage ihrer Entstehungsgeschichte und der Rechtsgrundsätze, auf denen sie beruhen, sicher als nicht überflüssig erscheinen. Weit entfernt von einseitiger Tarifdeutelei, suchen nachfolgende Artikel einfach das Recht, die Wahrheit zu finden und das ihrige zur richtigen Interpretation manch heisumstrittener Bestimmungen beizutragen.

### I. Die Grundpositionen.

So wenig im ersten Augenblicke gerade über die Grundpreise, das eigentliche Fundament unserer ganzen Berechnungsweise, zu sagen möglich zu sein scheint, so genau vertraut jeder Setzer mit denselben sein sollte, herrschen doch noch sehr häufig — und nicht nur in den kleineren Städten — ganz verkehrte Ansichten über dieselben, denen Streitigkeiten selbst in sorgfältig den Tarif einhaltenden Druckereien auf dem Fuße folgen. Deshalb sollen gerade sie etwas eingehender abgehandelt werden.

Der „Grundpreis der Grundpreise“ sozusagen, d. h. derjenige Regelpreis, von dem alle anderen abhängen, ist derjenige für Petit, Vorgis und Garmond. Von ihm ausgehend, wurden die Preise aller anderen Regel je nach der größern Schwierigkeit, die sie im Vergleiche zu ihm dem Setzer bieten, festgesetzt. Die Grundchrift hinwiederum ist die Fraktur. Von ihrem Preise hängen diejenigen der Antiqua in deutscher und fremden Sprachen, Russisch und Griechisch ab. Die Gründe des erhöhten Preises für Antiqua sind vor wenigen Monaten in der Zeitschr. f. Deutschlands Buchdrucker einem Prinzipale gegenüber, der da glaubte, durch Anschaffung von Antiqua-Ligaturen den Satzpreis auf dieselbe Höhe wie für Fraktur ermäßigen zu können, so sachgemäß und erschöpfend behandelt worden, daß ich auf eine Wiederholung derselben verzichten kann. Auch die Erhöhung des Grundpreises für Antiqua um 1 Pf. bei fremden Sprachen erklärt sich wohl von selbst durch die grundlegenden Schwierigkeiten, die der Satz fremdsprachlicher Werke für den deutschen Setzer hat. Am ehesten häufig dagegen wird über die verhältnismäßig geringe Höhe des Grundpreises bei Russisch geklagt, der sich nur gegen den Frakturpreis um 1 Pf. erhöht. Diese Klagen sind ungerechtfertigt. Zweifelloso wird ein Setzer, der nicht geborener Russe ist, bei dem heutigen Preise für Russisch nur schwer seine Rechnung finden; zu einer Besserung ist aber der Hebel nicht beim Grundpreise, sondern beim Sprachzuschlag anzusetzen. Das russische Alphabet, obgleich von dem deutschen unendlich verschieden, ist doch verhältnismäßig viel einfacher als dasjenige der übrigen slavischen oder der romanischen Sprachen, es wurde bezüglich der Schwierigkeit, die es durch seine Buchstaben und die Zahl derselben dem Setzer bietet, dem deutschen gleichgerechnet und erhielt

nur ganz konsequent den Zuschlag von 1 Pf. wie jedes fremdsprachliche Alphabet. Auch das griechische Alphabet geht mit seinem Grundpreise von 36 Pf. auf das Fraktur-Alphabet zurück. Grundpreis 32 Pf., Sprachenschädigung 1 Pf., 9 Proz. = 3 Pf. für die durch die zahlreichen angelegenen Accente, Leszeichen (.....) herbeigeführte Umsäglichkeit des Rastens und seine erschwerte Uebersicht, sowie das schwierige Ablegen, welche Uebelstände wohl bei unterschrittener Schrift wegfallen, wodurch aber das Setzen in noch viel höherem Grade erschwert wird.

Jahrzehnte hindurch begnügte sich die Gehilfsenschaft mit der hier erörterten Art und Weise der Feststellung der Grundpreise (die bekanntlich bis zum Jahr 1886 noch um 2 Pf. niedriger waren), trotzdem namentlich der Werksetzer, häufig in Werken beschäftigt, die zwar deutsch, aber doch in einem Tone geschrieben waren und eine Materie behandelten, die weitab von seinem Verständnisse lagen, sehnlichst eine bessere Bezahlung für diese Arbeiten erwartete. Vergebens: konservativ wie die Buchdrucker sind, forderte man wohl eine Erhöhung der Grundpreise im allgemeinen, wagte aber nicht, an dem durch sein Alter geheiligten Prinzip zu rütteln, daß deutscher Satz eben deutscher Satz und es deshalb unzulässig sei, innerhalb desselben einen Unterschied zu machen. Da war es auf den Tarifverhandlungen von 1886 endlich Herr Klinkhardt, der Prinzipalvorsitzende der Deutschen Tarifkommission, der das erlösende Wort sprach, der den Gehilfen den Weg zeigte, auf dem sie endlich auch dem berechnenden Setzer wissenschaftlicher Werke eine Besserung verschaffen könnten. Er stellte entgegen dem Antrage der Gehilfsenschaft auf Erhöhung der Grundpositionen von 10 Proz. in Gemeinschaft mit drei anderen Prinzipalen den Antrag, die Grundpositionen für Zeitungen um 5 Proz. herabzusetzen, nach der Einigung auf eine Erhöhung um 6 $\frac{2}{3}$  Proz. erklärte er sich ganz entschieden gegen die Gewährung dieser Erhöhung auch für Zeitungssatz. Mit überzeugender Verehrlichkeit und bewundernswerter Sachkenntnis schilderte er die Schwierigkeit des Werksatzes, ganz besonders des wissenschaftlichen, gegenüber dem Zeitungssatze, welche ganz zweifellos eine höhere Bezahlung desselben gegenüber letzterm rechtfertige. Es war den Gehilfenvertretern unmöglich, auf die Erhöhung der Grundpreise für Zeitungssatz zu verzichten, sein Antrag wurde abgelehnt, immerhin aber hatte er der Gehilfsenschaft das Unrecht vor Augen geführt, daß sie den Werksetzer zu demselben Grundpreise berechnen ließ wie den Zeitungssetzer.\* Um dies Unrecht wieder gut zu machen, stellte sie, nachdem der lange Wahn durch Herrn Klinkhardt so gebrochen, denn auch schon bei der nächsten Tarifberatung den Antrag, den Grundpreis für den von Herrn Kl. angeführten Satz um 2 Pf. zu erhöhen. Es war ihr ein leichtes, ihren Antrag zu verteidigen, hatte doch

\* Daß die Aufbesserung der Werksetzer auf Kosten der Zeitungssetzer geschehen sollte, rechtfertigte sich aus dem Verdienste der Zeitungssetzer allerdings nicht. Wir bemerken dies ausdrücklich, um Mißverständnissen vorzubeugen. Red.

Herr Kl. das Prinzip desselben schon 1886 in einer Weise verteidigt, die jede Opposition dagegen verstummen machen mußte. Und in der That ließ sich ja auch dem Setzer wissenschaftlicher Werke in keiner andern Art zu Hilfe kommen als eben durch Erhöhung der Grundpositionen dieser Werke. Auch der beste Tarif wird denselben schädigen, ich erinnere nur daran, in wie unendlich wenigen Fällen die Entschädigung für gemischten Satz, Biffersatz genau dem Quantum des wirklich gelieferten Satzes entspricht: es fehlt eine Zeile zum 64. Teile des Bogens und der Zuschlag von 5 Proz. ist verloren, eine Zeile zum 32. Teil und der Zuschlag reduziert sich von 10 auf 5 Proz. Die Abbreviaturen, die, obgleich zu selten, um einen Zuschlag zu bedingen, doch hinreichende Schwierigkeiten machen, die Orthographie, die abliegenden Thematata, kurz, alle die tausend Schwierigkeiten des wissenschaftlichen Satzes bewegen die Prinzipale, dem nunmehrigen Gehilfenantrage zuzustimmen und wenn er auch durch die Worte: „bei häufigem Vorkommen von Spezialausdrücken, die sich der allgemeinen Kenntnis entziehen“, verlausuliert wurde, so wurde er doch angenommen und zur Ehre unserer Prinzipale sei es gesagt, ein Teil derselben läßt es sich angelegen sein, jene Verlausulierung auf ihren wahren Wert zurückzuführen und den Satz, der irgend ein wissenschaftliches Thema behandelt, in Rücksicht auf die durch den Tarif unfassbaren oder wenigstens nicht gefaßten Schwierigkeiten als solchen zu bezahlen.

Ganz besonders hervorzuheben ist hierbei, daß diese Erhöhung der Grundpositionen für wissenschaftlichen Satz sich nicht nur auf den deutschen Satz erstreckt. Wäre dies der Fall, so hätte man sicher die Preise neben die Rubriken für Fraktur und Antiqua in deutscher Sprache gestellt. Lediglich aus dem Grunde, weil die Erhöhung der Grundpositionen bei wissenschaftlichem Satz sich auf alle Sprachen erstreckt, hat man es vorgezogen, denselben unmittelbar unter der Tabelle mit den Worten: „... erhöhen sich vorstehende Grundpreise um 2 Pf.“ ihren Platz anzuweisen. In der That leuchtet es wohl auch jedem ein, daß ein französisches, englisches usw. Werk über Chemie, Medizin, Geographie, Meteorologie usw. unendlich viel mehr Schwierigkeiten macht als ein Roman in derselben Sprache.

Merkwürdigerweise ist gerade die Frage: „Ist die Erhöhung um 2 Pf. für wissenschaftlichen Satz eine Erhöhung der Grundpositionen oder nicht?“ trotz ihrer zweifellosen Klarheit in einzelnen Fällen noch zum Gegenstande theoretischer Auseinandersetzungen geworden. Der Grund für diese Zweifel liegt lediglich in der mehrerwähnten Klausel, welche wohl die Zahl der Fälle, in denen diese Erhöhung eintreten kann, vermindert, nimmermehr aber den klaren Wortlaut des Paragraphen „erhöhen sich vorstehende Grundpreise“ verändern kann. Ein erhöhter Grundpreis bleibt eben Grundpreis trotz der Erhöhung und es ist deshalb beispielsweise ein Werk aus Antiqua zu dem Grundpreise von 36 Pf. zu berechnen, und so zweifellos klar es ist, daß sämtliche Kalats, Städte, Ausschläge usw. in einem Werk aus Nonpareille Fraktur nach deren

Grundpreise von 38 Pf. berechnet werden, so klar ist es, daß dieselben in einem wissenschaftlichen Werk aus Garmond nach dessen Grundpreis von 36 Pf. berechnet werden, daß alle in demselben notwendig werdenen Aufschläge (Ziffern, gemischter, spatiniertes Satz usw.) sich auf diesen Grundpreis beziehen müssen. Sicher hat Herr M. bei der Verteidigung der niederen Grundpositionen für Zeitungen mit keiner Silbe daran gedacht, nur den glatten Satz nach den niederen Grundpositionen zu zahlen, Tabellen, Ziffern, spatiniertes Satz usw. aber nach den für Werktag festgesetzten Grundpreisen berechnen zu lassen, geäußert hat er sich wenigstens in diesem Sinne nicht, und er hätte es sicher gethan, um den Antrag schmächter zu machen, wenn er auch nur im geringsten — eine solche Auslegung für möglich gehalten hätte.

Haben wir also zur Evidenz nachgewiesen, daß bei wissenschaftlichem Satz der Grundpreis von 33 bzw. 36 bzw. 37 Pf. für das ganze Werk maßgebend ist, so sind doch noch einige Worte zur Aufklärung des scheinbaren Widerspruchs nötig, in dem das letzte Alinea des § 2 sowie § 11 zu den vorhergehenden logischen und sowohl rechtlich als entstehungsgeschichtlich unterstützten Folgerungen steht. Beide Bestimmungen hatten ihren Platz im Tarife schon, als die Bestimmung bezüglich des wissenschaftlichen Satzes noch keine Annahme gefunden hatte. Bei der Festsetzung letzterer dachte natürlich niemand daran, daß die Auffassung derselben als Grundpreis auf irgend welchen Zweifel stoßen könne, man hielt es gleichgültig, ob bestimmt würde: der einfache Alphabet-Tausendpreis oder: der Grundpreis. Das letzte Alinea des § 2 und § 11 also blieben unverändert im Tarife, obgleich ihre Abänderung im Interesse der Vermeidung irgend eines Zweifels immerhin wünschenswert gewesen wäre. Um so notwendiger erschien eine genauere Darlegung der Thatfachen, da leider noch auf lange Zeit hinaus keine Aussicht auf abermaligen Zusammentritt einer Behörde zu sein scheint, die die vitalsten Interessen der Angehörigen unseres Gewerbes einer Neuregelung unterzieht und eingetragene Irrtümer richtig stellt, andererseits aber die Mehrzahl der Prinzipals- und Gehilfenmitglieder der seligen Tariffkommission noch lebt, um durch ihr Wort die buchstäbliche Richtigkeit dieser Ausführungen zu bestätigen.

Aber nicht allein bei wissenschaftlichen Werken, sondern auch bei derartigen Abhandlungen, d. h. bei solchen Artikeln in sonst der Unterhaltung gewidmeten Zeitschriften, die irgend ein wissenschaftliches Gebiet, wenn auch in sogenannter populärer Weise, behandeln, ist der erhöhte Grundpreis für diese Artikel zu bezahlen, wie aus der Vorschrift des Tarifs klar hervorgeht. Nehmen diese Artikel regelmäßig einen vorher bestimmten Raum der Zeitschrift ein, so würde von Tarifs wegen gegen die etwaige Festsetzung eines Pauschalgrundpreises für die ganze Zeitschrift nichts einzuwenden sein, vorausgesetzt, daß diese Festsetzung nur in der Absicht geschieht, die Rechnung zu vereinfachen, nicht einen von beiden Kontrahenten zu schädigen.

Die Frage bezüglich des geschriebenen Manuskripts ist nach der unter „Sprachentschädigung“ festgesetzten Norm zu entscheiden. (Fortf. i.)

## Korrespondenzen.

**A. Barmen, 3. Februar.** Die gestrige, wiederum gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Zirkular Nr. 13 des Gauvorstandes, worin der Rücktritt des Kollegen Brauch mitgeteilt wird und die Mitglieder um Aufstellung von Kandidaten ersucht werden. Die Versammlung stellte als Kandidaten den Kollegen Ewald Müller auf. Man war der Ansicht, daß der Gauvorsteher ein guter Redner sein müsse, da er mit den Verwaltungsgeschäften weniger zu thun habe, wohl aber mit ganzer Kraft der Agitation obliegen müsse. Da nun Kollege Müller diesen Anforderungen in jeder Weise gerecht wird, so können wir seine Wahl nur empfehlen. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, eine Tarifklasse zu gründen. Dieselbe tritt am 8. Februar ins Leben.

**Gibersfeld.** In der am 1. Februar abgehaltenen Generalversammlung kam zunächst das zweite Zirkular des Bezirks Düsseldorf zur Sprache. Die inzwischen aufgegebenen Absicht des Ankaufs eines Hauses sowie die Amtsniederlegung des Gauvorstehers R. Brauch und des Beisizers E. Schored veranlassen die Versammlung, sich gegen den Düsseldorfer Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Gautages auszusprechen. Als Kandidat für den Gauvorsteherposten wurde empfohlen, einen Essener Kollegen, der nicht in der Gaudruckerie steht, aufzustellen. Ein auswärtiger Gauvorsteher müsse Untertommen in der Gaudruckerie suchen und man würde dann aus dem Regen in die Traufe gelangen, denn der Gauvorsteher, der die Oberaufsicht in der Druckerie ausüben habe, könne keine untergeordnete Stellung in derselben einnehmen. Die Versammlung empfahl als Kandidaten das langjährige Gauvorstandsmitglied Kollegen Sauerborn in Essen. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurden 10 Mitglieder und 4 Bezirksversammlungen sowie 2 allgemeine Versammlungen abgehalten. Der Besuch ließ manchmal viel zu wünschen übrig. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende des Quartals 76. Die Bibliothek erfuhr im Laufe des Jahres eine stattliche Vermehrung. — Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: Ad. Bindgassen, Vorsitzender; Fr. Görgen, Kassierer; Herm. Lohmann, Schriftführer; Karl Haberland, Bibliothekar; W. Leonberger, Stellvertreter; Otto Fent und Joh. Dampf, Beisitzer. Zum Schluß wurde der Vorstand beauftragt, für die stritte Durchführung des seiner Zeit gefaßten Beschlusses, wonach jedes Mitglied sich des Minimums zu vergewissern hat, Sorge zu tragen.

**m. Essen, 4. Februar.** Am vergangenen Sonntage fand in Steele eine von 80 Kollegen besuchte außerordentliche Bezirksversammlung statt. Anlaß hierzu bot die vom Kollegen Brauch eingereichte Demission als Gauvorsteher und im Anschlusse daran die von den Düsseldorfer Kollegen verlangte Einberufung eines außerordentlichen Gautages. Auf Antrag wurde zunächst in die Debatte über den letzten Punkt eingetreten, weil man sich sagte, daß es wohl kaum nötig sei, Vorschläge für einen Gauvorsteher zu machen, wenn wir uns dazu entschließen, für Abhaltung eines außerordentlichen Gautages zu stimmen, dann sei es besser, diesem die Sache zu überlassen. Sollte außerdem der Gautag auf den Wunsch der Düsseldorfer Kollegen eingehen und die Gaudruckerie verkaufen, so sei es wohl vorherhand ausgeschlossen, daß ein Kollege von auswärts bei der Wahl in Betracht käme, denn es würde sich wohl schwerlich ein Kollege dazu verstehen, sich wählen zu lassen, wenn ihm nicht einmal die Gewähr geboten sei, hier eine ordentliche Konktion zu erhalten. Der Düsseldorfer Antrag wurde äußerst lebhaft und dabei doch vollkommen sachlich diskutiert; ungefähr die Hälfte der anwesenden Mitglieder sprach zu dieser Angelegenheit und nur zwei Kollegen brachten für den Antrag eine Lanze, wovon einer schließlich zu der Ueberzeugung kam, daß die Sache doch nicht so eilig sei, als daß man dafür zur Abhaltung eines Gautages 700 bis 800 Mt. hinauswerfen müßte. Selbstverständlich wurden in der Debatte auch die Vorkommnisse in der Gaudruckerie wieder eingehend besprochen und zwar durchaus nicht in der schonendsten Weise; jedoch neigten sämtliche Redner der Ansicht zu, daß bei der jetzt gestroffenen Einridung derartige Vorkommnisse kaum mehr zu erwarten seien. Eine Gewähr, daß Unregelmäßigkeiten gänzlich fern bleiben würden, kann natürlich niemand bieten; jedes Geschäft muß mit Verlusten rechnen, der Unterschied beruht nur darin, daß der Privatkapitalist im eignen wohlverstandenen Interesse solche Sachen totschweigt, damit sein Renommee nicht erschüttert wird, während bei uns die Beteiligten bestraft sind, womöglich auch solche Personen davon in Kenntnis zu setzen, welche mit der Sache absolut nichts zu thun haben. Auch wir können wohl, nachdem die Düsseldorfer Kollegen von einer Entgegnung auf das vom Gauvorstand erlassene Zirkular Abstand genommen haben, darauf verzichten, die auf der Bezirksversammlung zum Ausdruck gebrachten Aeußerungen bei Zerspaltung des Düsseldorfer Flugblattes sowie des Zirkulars hier anzuführen; Schmeicheleien für die Düsseldorfer Kollegen kamen nicht dabei heraus. Wir können uns darauf beschränken, die am Schluß der Debatte von der Versammlung einstimmig angenommene Resolution hier wiederzugeben. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Die heutige außerordentliche Bezirksversammlung erklärt: Das seitens des Bezirks Düsseldorf an die Mitglieder des Gaus erlassene Flugblatt entspricht in seinen Hauptzügen nicht der Wahrheit; die Versammlung verurteilt es, zur Beweisführung der aufgestellten Behauptungen alte, durch frühere Gautage erledigte Angelegenheiten von neuem zur Beunruhigung der Mitglieder hervorgerufen. Ferner erklärt die Versammlung, daß sich das zweite seitens des Bezirks Düsseldorf erlassene Zirkular in direktem Widerspruch zu dem erwähnten Flugblatt befindet; außerdem sind die für Einberufung eines außerordentlichen Gautages geltend gemachten Gründe nicht derartig, daß sie die Einberufung geboten erscheinen lassen. Mit der vom Gauvorstand bewirkten Aenderung bisheriger Bestimmungen erklärt die Bezirksversammlung sich einverstanden und überläßt es dem nächsten ordentlichen Gautage, weitere Beschlüsse zu fassen.“ — In der Diskussion über Vorschläge zur Wahl eines Gauvorstehers wurde zunächst der Meinung Ausdruck gegeben, die beiden Posten Gauvorsteher und Verwalter zu verschmelzen und beide Posten Kollegen Bettendorff als der geeignetsten Person zu übertragen. Dieser

Vorschlag stieß jedoch vielfach auf Widerstand; Kollege Bettendorff gab den Ausschlag, indem er erklärte, so lange die Gaudruckerie existiere, eine solche Verantwortung nicht übernehmen zu können, da event. Beschwerden usw. ihre Spitze stets gegen die Person des Vorstehers und Verwalters richteten, während die übrigen Gauvorstandsmitglieder leer ausgingen. Aus den eingangs erwähnten Gründen sah die Versammlung dann davon ab, einen auswärtigen Kollegen für den Posten eines Gauvorstehers vorzuschlagen und stellte den schon von dem Ortsverein Essen in Vorschlag gebrachten Kollegen Sauerborn als Kandidaten auf. Für die auswärtigen Kollegen dürfte es sich schon aus Zweckmäßigkeitsgründen empfehlen, sich dieser Kandidatur anzuschließen. Wegen der vorgerückten Zeit konnte der weitere Punkt der Tagesordnung: „Gründung einer Tarifklasse“, nicht mehr zur Erlebung kommen, jedoch werden die gegebenen Anregungen wohl dazu dienen, diese Frage in den einzelnen Mitgliedschaften zu ventilieren.

**r. Mainz.** In unser am 19. Januar abgehaltenen Bezirksversammlung brachte der Vorsitzende, Kollege Einz, eine sehr gut ausgearbeitete Statistik über die Verhältnisse der Druckereten des Bezirks Mainz zur Veröffentli-

Druckereten	Sezer		Wahlgenuss		Mitglieder		Richtigmitglieder		Gewinn		Sezer im Berechnen		Lohnsatz d. Walschm.		Sezerleistung		Druckerleistung		Mittelwert Stunden
	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter	
1.	36	4	43	—	4	22	2	—	8	4	—	4	—	4	—	10	—	—	—
2.	20	5	17	8	8	3	3	1	5	4	—	1	5	1	5	1	10	—	—
3.	18	3	15	6	4	8	1	—	6	2	1	—	4	2	10	—	—	—	—
4.	17	4	12	10	7	8	2	—	1	1	—	3	4	1	10	—	—	—	—
5.	9	1	12	—	12	—	—	—	1	—	—	2	1	9	—	—	—	—	—
6.	12	3	11	6	1	1	1	9	—	2	—	1	4	1	10	—	—	—	—
7.	7	1	6	2	3	4	1	—	—	1	—	—	—	9 1/2	—	—	—	—	—
8.	4	2	5	—	2	—	—	—	1	1	—	1	1	1	10	—	—	—	—
9.	3	2	3	2	2	—	—	—	—	1	—	1	1	1	10	—	—	—	—
10.	8	3	5	3	4	4	—	—	2	1	—	3	2	10	—	—	—	—	—
11.	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—
12.	2	1	2	1	2	1	—	—	—	—	—	1	1	10	—	—	—	—	—
13.	3	2	2	3	3	—	—	—	2	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—
14.	6	1	7	—	3	4	—	—	1	—	—	2	2	9 1/2	—	—	—	—	—
15.	5	—	4	1	3	2	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—
16.	6	1	7	2	4	2	—	—	1	—	—	3	1	10	—	—	—	—	—
17.	7	1	10	—	8	1	—	—	—	1	—	—	2	9	—	—	—	—	—
18.	4	1	4	3	—	1	—	—	—	—	—	4	1	10 1/2	—	—	—	—	—
19.	4	1	—	5	2	—	3	—	—	—	—	2	—	11	—	—	—	—	—
20.	4	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	—	—	—	—
21.	2	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	11	—	—	—	—	—

178 38 157 59 73 68 19 10 20 23 4 6 42 15

\* Schmelzergebnis. \* Solonitr. \* Im Winter 11, im Sommer 12 Stunden.

(Die Nummern der Druckereten korrespondieren mit folgenden Firmen: 1. — J. B. Gottsleben; 2. J. Fall III Söhne; 3. Fridardt; 4. Wirtische Hofbuchdrucker; 5. J. D. Reuter; 6. Kupferberg; 7. Generalanzeiger; 8. Dehlhafen (Schneider); 9. Ph. v. Habern; 10. Berzog; 11. J. P. Haas; 12. A. Wenglein; 13. E. M. Mayer; 14. R. Theper; 15. Karl Wallau; 16. Wainger Reueite Nachdruck; 17. Ludw. Jost; 18. Borchenski (Wingen); 19. Heinrich (Wingen); 20. Bedard (Wingen); 21. Karl Reibel (Gau-Algerheim.) Zur Statistik ist noch folgendes zu bemerken: Von drei Druckereten (Kunze, Pajst und Walter) konnte man keine Mittelung erhalten, dieselben beschäftigen ungefähr 6 Sezer, 2 Drucker, 5 Sezer- und 3 Druckerlehrlinge. Vorhanden sind noch 13 Faktoren und Geschäftsführer, 4 Korrektoren, 6 Stereotypenre. Lehrlinge wurden zu Ostern 20 eingestellt, dagegen lernten nur 10 aus. Die Verhältnisse des Bezirks sind im allgemeinen, wie die Statistik zeigt, befriedigend, wenn auch einige kleine Prinzipale Reduktionen vorzunehmen versuchten und zwar durch Nichtbezahlung der Feiertage, die aber durch die Wachsamkeit des Vorstandes sowohl wie auch der Energie der Mitglieder selbst vereitelt wurden. Jedoch wollen wir nicht versäumen, unsere Mitglieder an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam zu machen, jede zugemutete Reduktion des Tarifs ganz gleich welcher Art energisch abzuweisen. Der Bezirk Mainz zählt an 250 Buchdruckergehilfen, von welchen zwei Drittel dem Verband angehören, das letzte Drittel ist zum größten Teile für eine Organisation überhaupt nicht zu haben; nur einige wenige fühlen das Bedürfnis, dem G.-B. anzugehören. Von der Thätigkeit des letztern am hiesigen Ort ist jedoch nichts besonderes zu melden, als daß dessen Arbeitsnachweis nach bekannter Weise funktioniert, indem Mitglieder nach Orten abgehoben werden, wo Verbandsmitglieder für die Rechte der Gehilfen eintreten. Nun, es ist uns am hiesigen Orte schon wiederholt gelungen, so manchen „Unwürdigen“ des G.-B. in unser Lager zu ziehen und wir wollen in der Agitation auch nicht erlahmen und stets thätig sein, bis wir alle brauchbaren Kollegen mit uns vereint haben. Mühen daran alle Mitglieder, auch die in Versammlungen Unfähigen, in diesem Jahre teilzunehmen. Auch richten wir an die Mitglieder die Aufforderung, mehr auf unser Verbandsorgan zu abonnieren.

**London, 5. Februar.** (Zur Lage im Londoner Druckgewerbe.) Der jeden Tag erwartete Ausbruch von Tarifstreitigkeiten hat bis jetzt nicht stattgefunden und dieses ist ausschließlich der Einmütigkeit zu verdanken, mit welcher die hiesigen Kollegen die geplante Reduktion des Maschinensatarks, ohne vorher genügend Gelegenheit gehabt zu haben, denselben Punkt für Punkt zu dis-

luttern, ablehnten. Nach der am 25. v. M. in Exter Hall stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung, welche eine Festigkeit und Einmütigkeit zeigte, welche man im allgemeinen nicht von den Londoner Kollegen gewöhnt ist, scheint unseren Herren Prinzipale die Kampfeslust vergangen zu sein. Im Laufe der letzten Woche traten dieselben zu einer Konferenz zusammen und beschloßen, den 1894er Tarif bis zum 28. März im Geltung zu lassen, wenn die Londoner Sepergesellschaft Delegierte zu weiteren Verhandlungen entsenden würde. Ein Zusatz, wonach unsere Vertreter mit Vollmacht ausgestattet werden sollen, ein bindendes Uebereinkommen für die Mitglieder abzuschließen, ist inzwischen von unserm Sekretär abgelehnt worden, da nach dem Statut der Sepergesellschaft nur eine Urafstimmung der Mitglieder über Annahme resp. Verwerfung des Uebereinkommens entscheiden kann. Die übrigen Punkte wurden angenommen. Am 15. v. M. findet eine außerordentliche Delegiertenversammlung der Londoner Seper statt, um definitive Stellungnahme über den neuen Tarif zu nehmen. — Die von der außerordentlichen Generalversammlung einstimmig angenommene Erhöhung des Beitrages auf 2,50 Mk. pro Woche unterlag statutgemäß auch der Urafstimmung. Die Majorität betrug 2358 Stimmen. Berechnet man diesen Betrag auf 10000 Mitglieder (abzüglich ungefähr 1000 arbeitslose, invalide und andere Mitglieder, welche von der Extratruer ausgeschlossen sind), so erhält die Londoner Sepergesellschaft außer ihrem Kasernenbestand von 30000 Fd. Sterl. (600000 Mk.) einen Extra-Kriegsfonds von 22500 Mk. für einen etwaigen Kampf mit den bliesigen Zeitungsmagnaten. Man spricht sogar davon, diesen höhern Beitrag auf drei Monate bezuhalten, um für alle Eventualitäten gewappnet zu sein. — Die Free Labor Association (freie Arbeiter = Hausreiserverbände) hat in einem besondern Zirkular unseren Arbeitgebern ihre Dienste angeboten, doch bis jetzt anscheinend ohne Erfolg. — Ein hiesiger Zeitungseigenümer, Sir Lawson (Daily Telegraph), garantierte seinen Sepern ein Minimum von 2 Fd. Sterl. 17 Schilling 6 Pence pro Woche, wenn sie der Londoner Sepergesellschaft abtrünnig würden, jedoch wurde dieser Vorschlag mit Entrüstung zurückgewiesen. Am nächsten Tag entschuldigte sich derselbe wegen seines Vorschlages und teilte mit, daß er in der Arbeitgeberversammlung alles aufbieten werde, um einen gültigen Vergleich zu Stande zu bringen. — Die Londoner Kollegen führen keinen Kampf gegen die Segmaschine, jedoch verlangen dieselben lothger Weise auch ihren Anteil an der eingetragenen Ersparnis.

## Kundschau.

### Druckerei und Verwandtes.

In einem Wiener Briefe des Anz. f. Dr. wird geschrieben: „In den hiesigen Druckereien gab es bis vor kurzem noch viele veraltete Einrichtungen; dieselben sind aber gegenwärtig im Schwünge begriffen, denn die Druckereibesitzer legen geradezu einen Wettstreit darin an den Tag, ihre Geschäfte zu „modernisieren“. Dieser Voratz machte nicht wenige kostspielige Anschaffungen notwendig, doch hat der Effekt derselben auch befriedigt. Die Geschäfte wurden nämlich leistungsfähiger, die Arbeit geht viel rascher von statten und präsentiert sich dabei viel gefälliger. Bessere Arbeiten auf dem Gebiete der Druckindustrie sieht man denn auch gegenwärtig viel häufiger als früher; seine Accidenzen bilden jedoch noch immer die Spezialität einiger Firmen, mit welchen es nicht leicht ist, die Konkurrenz aufzunehmen.“ — Ja, wenn es gilt, die Druckereien im Interesse des heiligen Profits zu „modernisieren“, dann haben die Prinzipale die Mittel dazu, jedoch Israel geht zu Grunde, wenn dies in sanitärer Beziehung im Interesse der Arbeiter geschehen soll. Aber in beiden Fällen rentiert sich die Verbesserung.

Die Affaire Sahlmann in Bremen hat noch ein Auffsehen erregendes Nachspiel vor dem dortigen Gewerbegericht gehabt. 41 Arbeiter und Arbeiterinnen klagten gegen die liquidirte Firma Tölle & Co. auf Zahlung des rückständigen Lohnes. Der Geldmann T. hatte jedoch, kommende Dinge voraussehend, bei seinem Austritt aus der Firma Vorkehrungen getroffen, daß alle Ansprüche bis auf fünf zurückgewiesen werden mußten. Vier Ankerinnen erhielten je 12 Mk. und ein Stereotypen 24 Mk. Entschädigung für die entgangene Kündigungsfrist zuerkannt. Den Sepern hatte T. zuletzt für 14 Tage das Minimum mit der Abmahlung gezahlt, daselbe im Verrechnen abzuerkennen und dann alle Verbindlichkeiten mit der Firma als gelöst zu betrachten. Dieselben hielten aber bei Sahlmann länger aus und machten jetzt den über das Minimum verdienten Betrag geltend. Ihre Unterchrift zu der getroffenen Vereinbarung mit ihrem früheren Prinzipale stellten sie als erpreßt hin, sie hätten das Geld nehmen müssen, um sich Brot kaufen zu können. Auf den Vorhalt des Richters, warum sie denn länger als vereinbart gearbeitet und sich nicht an den Verband um Unterstützung gewandt hätten, antwortete einer der Gefragten, er gehöre demselben nicht an, die Kollegen vom Verbands waren übrigens klüger gewesen und hätten sich vorgebehen, sie, die Nichtverwandten, seien die Geleiteten. Hoffentlich bildet auch hier die Selbsterkenntnis den ersten Schritt zur Besserung. 27 Austrägerinnen wurden mit ihren Forderungen an Sahlmann verwiesen. Dieser will jedoch in den letzten 14 Tagen derartig beschäftigt gewesen sein, daß er nicht einmal merkte, wie ihm notariell das Recht genommen wurde, noch länger auf Rechnung der Firma T. & Co. zu drucken.

Der Artikel der Düsseldorfser Bürgerzeitung, wegen dessen Redakteur Stoffers zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist in München straflos. Die Münchener Freie Presse hat ihn nachgedruckt und Landgericht wie Oberlandesgericht lehnten es ab, in eine Verhandlung hierüber einzutreten. Beide Behörden konnten die in Düsseldorf „festgestellte“ Majestätsbeleidigung nicht entdecken, nicht einmal die Absicht oder auch nur das Bewußtsein, den Kaiser zu beleidigen.

Ueber die Normaltarifbewegung in Galizien verlaute weiter, daß in Przemysl durch die Intervention des österrödischen Verbandssekretärs eine Einigung herbeigeführt wurde, indem die Prinzipale die dritte Lohnklasse anerkannten. In Lemberg arbeiten außer den Lehrlingen nur sieben Streikbrecher. Die Soldaten wurden in die amtliche Gazeta Wzowla abkommandiert. Auch erklärte der galizische Landmarschall, die dringendsten Druckarbeiten des Landtages in Krakau bestellen zu lassen. Die Ausführung dieses Planes dürfte nur die Uebertragung des Streiks auch auf diese Stadt zur Folge haben.

### Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

In Berlin starb heftig Tage im 88. Lebensjahre Dr. Ernst Kapp, in naturwissenschaftlichen, philosophischen und sonstigen gelehrten Kreisen auf Grund seiner Schriften hochangesehen. Vor mehr als 50 Jahren fungierte der Verstorbenen als Oberlehrer am Gymnasium zu Minden. Er beging hier das „Verbrechen“, auf die Heilkräfte der frischen Luft, des reinen Wassers und der turnerischen Bewegung hinzuweisen resp. der preussischen Regierung den Bau geräumiger und luftiger Schulen zu empfehlen. Ob solcher Neuerungsstucht erwachsen ihm allerlei Schiltanen, die es ihm nützlich erscheinen ließen, verschiedene Handwerke zu erlernen und auf Grund dieser Kenntnisse in Texas sein Heil zu versuchen. Dort rodete er den Urwald, schor Schafe, baute Wagen u. dgl. Er kehrte — nachdem er sein Eingebrochenes im nordamerikanischen Bürgerkrieg wieder verloren — in den sechziger Jahren nach Deutschland zurück und lebte hier zurückgezogen seinen Studien.

Freiherr v. Stumm streift. Die Handelskammer hat ohne seinen Willen einen Beschluß gefaßt, daraufhin hat er seine Klemmer niedergelegt.

Eine Erhebung über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Ladengeschäften usw., wie sie der Reichstag beschloßen hat, wurde vom Bundesrate nicht für nötig gehalten, er beschloß, dem Antrage keine Folge zu geben.

Berufslosienstatistik gab es im Jahr 1894 gemeinliche 64 und landwirtschaftliche 48 mit 914 Sektoren, 1095 Mitgliedern der Genossenschaftsvorstände, 5253 Mitgliedern der Sektionsvorstände, 23459 Vertrauensmännern, 209 angestellten besoldeten Beauftragten, 1002 Schiedsgerichten, 3915 Arbeitervertretern bei 5219591 Betrieben und 17533380 versicherten Personen. Entschädigungsbeiträge wurden gezahlt 44287735,71 Mk. Unfälle kamen zur Anmeldung 282982.

Der den Agrariern so verhaßte deutsch-russische Handelsvertrag hat nach der Dresdener Handelskammer eine Industriekrisis schlimmster Art verhindert. Die gesamte deutsche Ausfuhr betrug im Jahr 1894 um 200 Millionen Mark weniger als im Jahr 1893, dieser Ausfall wäre aber um ein bedeutendes geringere ohne den Handelsvertrag, welcher bewirkt hat, daß von den 92 Mill. Rubeln, für welche im Jahr 1894 Russland aus dem europäischen Ausland mehr Waren bezog als 1893, allein 45 Proz. auf deutsche Waren entfielen. Den Schaden hat zum Teil England getragen, das im Jahr 1893 nach Russland 11 Mill. mehr ausfuhrte als Deutschland, während im Jahr 1894 England von Deutschland um 14 1/2 Millionen überflügelt wurde.

Die Gründerei blüht und damit verläßt eine große Zahl derjenigen, die Geld übrig haben, den Privatbetrieb und geht in das Lager der Dividendenjäger über. Im Zentral-Handelsregister wurden angezeigt im Jahr 1889 360 Gründungen mit 402,54 Mill. Mark Grundvermögen, 1890: 236 mit 270,99 Mill., 1891: 160 mit 90,24 Mill., 1892: 129 mit 80,50 Mill., 1893: 96 mit 102,78 Mill., 1894: 92 mit 104,73 Mill., 1895 (bis zum 1. Oktober) 110 Gründungen mit 164,84 Mill. Mark Grundkapital. Witten im Kampfe gegen den angeblichen „Umsturz“ üben die Kapitalisten ihre wirklich umhürzerliche Thätigkeit aus und bereiten so die Beseitigung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung vor.

Im Staate New York trat am 21. Januar ein Gesetz in Kraft, dessen Wortlaut man sonst nur in Witzblättern zu finden pflegt. Es wird nämlich den Volksschullehrern dekretiert, daß sie den Kindern zu lehren haben, Bier, Wein, Schnaps und Tabak seien Gifte, welche die Menschen zerstören, und alle Leute, welche trinken und rauchen, seien unmoralisch. Da werden nun die Kinder mit ihren Vätern streng ins Gericht gehen. Seinen Ursprung verdankt dieses Gesetz angeblich den Bemühungen der Republikaner, die Stimmen der Temperenzler für sich zu gewinnen. Das Ganze macht wie gesagt den Eindruck, als handelte es sich um einen schlechten Witz.

### Industrie und Gewerbe.

Wir haben schon des öfters nachgewiesen, daß die Großindustriellen den kleinen Gewerbebestand zu heben vorgeben, in der That aber nur bemüht sind, die Kleingewerbetreibenden an die Leine zu bekommen, um desto ungehinderter ihr Geschäft zu machen. In Württemberg klagt man ständig über die Laubbet bei den Wahlen zu den Handels- und Gewerbeämtern. Diese Laubbet hat

aber ihre begründete Ursache. Für die kleinen Gewerbetreibenden, die 95 Proz. des ganzen Handels- und Gewerbebestandes ausmachen, ist nämlich die Eintragung in die Wählerlisten mit Kosten verknüpft, während die ins Handelsregister eingetragenen Firmen das Wahlrecht ohne weiteres ausüben. Diesen Mibstand wollen nun die Großindustriellen großmütig beheben, indem sie den Kleinen eine Befreiungsnovelle vorzulegen gedenken, die jedem Gewerbetreibenden das Wahlrecht ohne weiteres zufließt. Aber — die Wahlen sollen getrennt stattfinden und zwar sollen die Kleinen — also 95 Proz. — ein Drittel, die Großen — 5 Proz. — zwei Drittel der Vertreter wählen. Und das nennt man Hebung des Kleingewerbes.

In Hamburg droht einer Anzahl Hafnarbeiter Arbeitslosigkeit. Es ist ein in London schon erprobter schwimmender pneumatischer Getreideheber in Sicht, der 120 Tonnen Getreide in der Stunde aus Seebämpfern hebt, wiegt, in Reichterfahrzeuge verschifft oder in Speicher löst. Das Ding kostet zwar gegen 300000 Mk., aber die Verwendung von Handkraft ist auf ein Minimum reduziert: außer dem Bedienungspersonale für Maschine und Keisel ist nur ein Mann erforderlich. Die Ersparnis an Händen ersetzt nicht nur die Anschaffungskosten, sie bringt auch noch erheblichen Gewinn — für den Kapitalisten. Die Arbeiter mögen sehen wo sie bleiben — darüber zerbricht man sich heutzutage den Kopf nicht.

Ueber die Kürzung der Arbeitszeit äußert sich der Direktor einer großen Papierfabrik in Kusland sehr anerkennend. Er hat die Arbeitszeit für Tagarbeiter auf neun, die für Nachtarbeiter auf acht Stunden herabgesetzt und dabei nicht nur selbst ein brillantes Geschäft gemacht, sondern auch den Arbeitern Zeit zur Bearbeitung ihrer Kantanteile und sonstiger nützlicher Beschäftigung gegeben. Der Mann konstatiert einen bedeutenden geistigen und sittlichen Aufschwung der Arbeiter und schlägt damit unsere „Spöher“, die eine stärkere Frequenz der Wirtschaft prophezeien. Nach dem in Frage stehenden Gutachten ist der umgekehrte Fall eingetreten, was wir ganz natürlich finden.

### Verweise, Kassen usw.

Die Leiter des aufgelösten sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes hätte man gern noch eines gemeinen Verbredens beschuldigt, um sie bei den Arbeitern in Mißkredit zu bringen, sie wurden wegen Untreue denunziert. Nach einer eingehenden Untersuchung stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein.

Der evangelische Arbeiterverein in Leipzig hat den Pastor Raumann zu einem Vortrag eingeladen. Dem Vorsitzenden, einem Pastor, ging darob der „Wunsch“ des Konsistoriums zu, seine ganze Autorität geltend zu machen, daß der Vortrag unterbleibe; man würde dies höchst ungern sehen und halte es für inopportun, wenn Raumann in Leipzig sprechen würde. Der Vorsitzende hielt mit seinen Amtsbrüdern im Vorstande Rat und trat mit diesen (vier Geistliche) aus dem Vorstand aus. Nun beschloß der übrigbleibende Vorstand, den Parrer Raumann trotz alledem sprechen zu lassen — wenn nichts dazwischen kommt. Das Konsistorium hat dem Pastor Raumann ein volles Haus gesichert und die Vereinsmitglieder kommen vielleicht zu der Ueberzeugung, daß man sich manches gefallen lassen muß, wenn man nicht auf eigenen Füßen steht, sich vielmehr unter die Obhut von alterhand Interessenvertretern stellt.

In Neuburg a. D. fand eine sozialdemokratische Versammlung statt. Das hatte zur Folge, daß dem Einberufer, einem Geschäftsmanne, die Kunden entzogen und er dadurch gezwungen wird, sich anderswo anzuflehen; der Förster und wohl auch andere „Herren“ verboten „ihren“ Arbeitern den Besuch der Versammlung. Der Brauerer wurde die Zumutung gestellt, dem betreffenden Wirte kein Bier zu liefern. Die Versammlung fand trotzdem statt und dieser Tage wird eine zweite Versammlung abgehalten.

In Reustadt im Weimarschen wollte Dr. Quard in einer Versammlung über Handwerk und Sozialdemokratie sprechen. Der Bürgermeister witterte eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit und verbot die Versammlung. Dr. Quard wurde zu einem „gewerdmäßigen sozialdemokratischen Agitator“ begrabert, dessen voraussichtliche Behandlung des fraglichen Themas wohl eine Gefährdung des öffentlichen Friedens herbeiführen geeignet sei.

Wir haben seiner Zeit mitgeteilt, daß der Vorstand des Arbeiterfortbildungsvereins in Augsburg, der Schneidermeister Bischoff, das Vereinsvermögen im Betrage von etwa 40000 Mk. unterschlagen und dem Richterprache durch plötzlichen Tod aus dem Wege ging. In gleicher Sache wurde der Schriftführer des Vereins, der Schneidermeister Krumbolz, jetzt zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Badische Volksbote (deutsch-soziale Reformpartei) teilt dies unter der Spitzmarke „Sozialdemokratische Ehrenmänner“ mit. Der Verein erfreut sich der besondern Fürsorge der Nationalliberalen und der protestantischen Geistlichkeit und Bischoff war in den sogenannten „besseren“ Kreisen wegen seiner „Rechtlichkeit“, Vaterlandsliebe und Religiosität ein höchst angesehener Mann. Es ist daher der Versuch, diese beiden Männer den Sozialdemokraten an die Rockschöße zu hängen, eine Boshaftigkeit sondergleichen. Der „reichstreu“ Verein, der in dem Bad. Volksboten mit dem Epitheton „sozialdemokratisch“ bedacht wird, dürfte diese Bosheit nicht ungerochen vorliebgehen lassen.

